



Wegen der morgen stattfindenden Parlamentswahlen fällt das Sonnabend-Mittagblatt aus. Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Bitte.

Die Freunde unserer Zeitung ersuchen wir hiermit, uns von dem Ausfalle der am Sonnabend stattfindenden Wahlen zum norddeutschen Reichstage möglich bald, schriftlich oder telegraphisch, Nachricht geben zu wollen.

Deutschland.

Berlin, 29. August. [Amtliches] Se. Majestät der König hat dem Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Ebmann zu Kosten den Nothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem Meditius und ersten Doktorlehrer-Bischof zu St. Andreasberg am Harz den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Sanitätsrath Dr. Franz Albert Moritz Scholz zu Schweidnitz den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen. (St. Anz.)

[Der Prinz Friedrich Carl] ist heute früh von Ostende auf Jagdloß Glienicke wieder eingetroffen.

[Der königliche Botschafter am französischen Hofe, Graf v. d. Goltz] ist heute von Kissingen hier eingetroffen.

[Der Contre-Admiral Fiehmann] ist von Kiel hier angekommen.

[Das Staats-Ministerium] war gestern Abend im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Wie wir hören, wird dasselbe heute Abend zu einer Sitzung zusammentreten.

[Der Abgeordnete Geheime Obertribunalsrath Dr. Waldeck] ist im besten Wohlsein von seiner Bade- und Erholungsreise hierher zurückgekehrt.

[Die Stellung des Grafen Lippe.] Wie die „Bos. Btg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist die Stellung des Herrn Justiz-Ministers Grafen zur Lippe befestigter denn je, und zwar durch sein „energisches Vorgehen“ in Betreff der hessischen Gerichtsorganisation.

[Ernennung.] Der Weihbischof und Dompropst Dr. Anton Frenzel ist zum General-Administrator des ermländischen Bistums vom Domkapitel gewählt worden.

[Das Freizügigkeitsgesetz.] Dem Vernehmen nach bezweckt die beim norddeutschen Bundesrat zu erwartende Vorlage wegen gemeinsamer Regelung der Freizügigkeit im Wesentlichen die auf das ganze Bundesgebiet auszudehnende Geltung des preußischen Niederlassungsgesetzes vom 31. Dezember 1842. Die Heimathsgesetze der einzelnen Bundesstaaten sollen dabei geachtet werden. Eine etwaige Modification derselben bleibt dem weiteren Entwickelungsgange und späteren Vereinbarungen vorbehalten. Hauptgrund für das Gesetz vom 31. Dezember 1842 ist es, „dass die Gemeinden und Polizeibehörden keinem selbstständigen preußischen Unterthan an dem Orte, wo er eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen im Stande ist, den Aufenthalt verweigern oder durch lästige Bedingungen erschweren, sofern nicht das Gesetz selbst Ausnahmen zulässt“. Dieser Grund soll nun also für alle Angehörigen des Bundes und für die gegenwärtige Freizügigkeit im gesamten Bundesbereiche maßgebend werden. Was dabei die gesetzlichen Ausnahmen betrifft, so hört man in Betreff der zulässigen Ausweilungen, es sei mit einer Änderung der jetzt in Brüchen geltenden Bestimmungen in dem oben erwähnten Entwurf der Sache aufgestellt; eine Ausweilung neu Zugezogener kann innerhalb des ersten Jahres stattfinden, aber nur, wenn bei denselben dauernd Erwerbs-Ursächlichkeit nachweisbar sei.

[Verurteilung.] Im Herbst vorigen Jahres wurde ein hiesiger Lohnnehmer Abends in der Nähe der Stadt von mehreren Soldaten überfallen und so arg verwundet, dass er bald darauf eine Leiche war. Der Hauptshuldige ist jetzt rechtstüchtig zur Aussöhnung aus dem Soldatenstande und zu 15jähriger Zuchthausstrafe, die Mitschuldigen sind zu mehrjähriger Festungstrafe verurtheilt.

Schloss Babelsberg, 29. August. [Se. Majestät der König] wohnte gestern Vormittag einem Scheibenschießen des Garde-Jäger-Bataillons bei und nahm dann den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths v. Mühler entgegen. Nach dem Diner begab sich Se. Maj. mit dem 5 Uhr-Zuge nach Berlin, besuchte die Vorstellung im königl. Opernhaus und schrie um 11 Uhr nach dem Babelsberg zurück. Heute nahm Se. Maj. militärische Meldungen und die Vorträge der Generale v. Podbielski und v. Tresckow entgegen und empfing um 13 Uhr den Minister des Innern, Grafen Guelenburg, sowie den türkischen Gesandten Aristarchi-Bey. (St. A.)

Schleswig, 28. August. [Ernennung.] Wie die „S. N.“ hören, ist von Seiten des Unterrichtsministeriums der künftige Ober-director der Gymnasien unserer Provinz bereits ernannt. Die betreffende Stelle wird dem bisherigen Gymnasial-Director zu Gütersloh in Westfalen, Professor Dr. Kumpel, übertragen werden.

Lübeck, 27. August. [Aufhebung der Bürgergarde.] Bei der Verhandlung der Bürgerschaft über die Ratifikation der Militär-Convention mit Preußen am 15. Juli d. J. stellte Dr. Brehmer den Antrag: „Die Bürgerschaft wolle den Senat erfüllen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine baldige Aufhebung der Bürgergarde im öffentlichen Interesse geboten sei.“ Obwohl der Antragsteller darauf hinwies, dass das Institut unserer Bürgergarde schon jetzt sich vollständig in unsere Stadt durch den Fortbestand der Bürgergarde Unzuträglichkeiten und Conflicte aller Art unvermeidlich sein würden; obwohl dann auch von anderen Seiten der Antrag unterstützt wurde und die Senats-Commissionen sich völlig passiv verhielten, so lehnte die Bürgerschaft damals den Antrag dennoch mit ziemlicher Majorität ab. Im Schoße der Bewaffnungs-Deputation, der Behörde, welche die Angelegenheiten der Bürgergarde leitet, scheint die gegebene Unregung jedoch nicht verloren gegangen zu sein, und dieselbe hat erkannt, dass ein Fortbestand der Bürgergarde mit den neuen Militärverhältnissen unverträglich sein werde. Die Bewaffnungs-Deputation hat somit in einer neulichen Sitzung beschlossen, beim Senat die demnächstige Aufhebung der Bürgergarde zu beantragen. (H. N.)

Hamburg, 27. August. [Volkswirtschaftlicher Congres.] Die heutige 2. Sitzung, welche mit einer halbstündigen Unterbrechung von 1½ bis Nachmittags 4 Uhr dauerte, hatte zur Tagesordnung: „die Vereinfachung des Zolltariffs im wirtschaftlichen und finanziellen Interesse“. Zugleich fand die Tabakssteuer-Frage Berücksichtigung. Die beiden Referenten Dr. Michaelis (Nat.-Btg.) und Wolff (Ost.-Btg.) beantragten auf Grunde eines sehr umfangreichen Berichts des ersten der beiden Herren folgende Resolution:

„1) Aufgabe der Tarifreform im Zollverein ist gegenwärtig a. die konsequente Beseitigung des Schuhsystems, b. die Zurückführung des Tariffs auf wenige nach finanziellen Rücksichten ausgewählte Positionen.“

2) Die Deduktion des dadurch entstehenden Einnahme-Ausfalls ist auf die Dauer zu erwarten, thils von der durch die bezeichnete Tarifreform im Allgemeinen zu bewirkenden Steigerung der Production und des Verbrauchs,

teils von einer rationelleren Anordnung und Ermäßigung der Zoll- resp. Steuern für Zucker, durch welche dieser in allen Formen dem Massenverbrauch zugänglich gemacht wird.

3) Zur Deckung des vorübergehenden Ausfalls sind zeitweise mäßige Zuschläge zu einzelnen Consumptions-Steuern zulässig, unter Ausschluss derjenigen Abgaben, welche nothwendige Lebensbedürfnisse treffen.

4) So weit etwa aus dieser Rücksicht ein Zuschlag zur Tabaksbesteuerung in Frage kommen sollte, ist auch bei dieser daran festzuhalten, dass im Zollverein hergebrachte Prinzip einer mäßigen Besteuerung des Verbrauchs gewahrt und b. jede vegetarische Kontrolle der Production und des Vertriebs ausgeschlossen bleibe.“

Die Punkte 2, 3 und 4 erregten lebhafte Debatten und vielsachen Widerspruch; auch Dr. Faucher sprach sich gegen dieselben aus. Ebenso insbesondere Dr. Böhmert (Professor in Zürich), welcher einen Antrag auf gänzliche Beseitigung der indirekten Besteuerung gefaßt haben will und für die Möglichkeit eines praktischen Vorgehens in dieser Richtung Beispiele aus der Schweiz anführt. Dr. Meyer (Breslau) und Prof. Matowiczka gehörten zu den Vertheidigern der Referenten-Anträge. Ueber die Tabakssteuerfrage verbreitete sich in besonders eingehender, das belannte Regierungsgesetz energisch bekämpfender Weise Prof. Emminghaus von Karlsruhe; derselbe stellte ein Absatz 4 der Referenten-Anträge befechtigendes Amendement in dieser Richtung, welches jedoch abgelehnt wurde. Dr. Wolff von Stettin wies in seinem Schlusswort (als Correferent) den Vorwurf des Dr. Böhmert zurück: „Der Referent (Michaelis) habe bei der Verfassung seiner Anträge gewissermaßen mit einem Fuße in dem Reichstage und mit dem anderen im volkswirtschaftlichen Congres gestanden.“ — Bei der Abstimmung wurden die Referenten-Anträge angenommen und zwar Absatz 1 einstimmig, Absatz 2 mit bedeutender Majorität, Absatz 3 mit nur 96 Stimmen gegen 81, Absatz 4 mit geringer Majorität. — Außerdem fand Annahme mit bedeutender Mehrheit ein Antrag des Herrn Hargrave auf 1b folgen zu lassen:

„c) die durchgreifende Revision der Zollabfertigung und Verwaltung in Uebereinstimmung mit den beabsichtigten Anforderungen des beschleunigten und geleiterten Verkehrs,“ und auf Antrag des Herrn Prof. Matowiczka, in Absatz 4 zwischen a und b einzuschalten: „den bisherigen Besteuerungsmodus im Wesentlichen beibehalten, jedoch die Übergangssteuer für den nach Norddeutschland gehenden süddeutschen Tabak befreit und dafür die in Preußen bestehende innere Verbrauchssteuer aus die süddeutschen Staaten ausgedehnt werden.“ (Volltg.)

Elberfeld, 27. Aug. [Die Broschüre] des Herrn J. B. von Schweizer: „Der Capitalgewinn und der Arbeitslohn, den Arbeitern von Elberfeld-Barmen gewidmet“ ist von der hiesigen Polizei mit Beschluss belegt worden.

Dresden, 27. Aug. [Dr. Klemm +.] In der gestrigen Nacht starb hier der königl. Oberbibliothekar Hofrat Dr. Fr. G. Klemm im 65. Lebensjahr. Er hat sich um die Culturgeschichte große Verdienste erworben.

Dresden, 29. August. [Diäten.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten stellte Stadtv. Dr. Schulz den Antrag:

„Dem Reichstag abgeordneten für Alt- und Friedrichstadt-Dresden für die Dauer des Reichstags 5 Thlr. tägliche Diäten und demjenigen des Neustädter (IV.) Wahlbezirks einen den Verhältnissen entsprechenden Beitrag zu seinen Kosten aus ägyptischen Mitteln zu gewähren.“

Stadtv. Krippendorf, b. zeichnet den Antrag als keine städtische Angelegenheit, welcher Ansicht Advoat Gruner entgegentrat. Letzterer verwies, bei Auflistung der Frage: ob es den Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung nicht etwa widerlaufe, wenn den Abgeordneten aus irgend welchen Fonds Diäten gewährt würden, auf eine Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck, wonach derselbe zugestanden habe, dass, wenn der Abgeordnete entschädigt würde, man nichts dawiderhaben könne. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Kassel, 24. August. [Zur Presse.] In Folge Beschlusses der Landes-Administration ist den Regierungen und Regierungs-Commissionen angezeigt, dass die Provinzial-Wochenblätter der Stempelesteuer nicht unterliegen.

Wiesbaden, 27. August. [Der Protest des Herzogs] gegen die Überschreibung der Domänen auf den preußischen Thron ist nun auch von der Landoberherrschaft in Dillenburg zurückgewiesen worden. Auch diese Behörde hat sich einfach auf den Boden der Verordnung vom 5. Juli 1867 gestellt und die früheren nassauischen Gesetze, wie es scheint, ganz unberücksichtigt gelassen. Die betreffende Demonstration ist übrigens auch gegen diese Verfügung bereits eingelebt worden. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, steht der Abschluss des Ausgleichsvertrags unseres Herzogs mit der Krone Preußen in aller nächster Zeit bevor. Prinz Nicolas wird deshalb auch vorerst nicht mehr in dieser Angelegenheit nach Berlin gehen. (Fr. J.)

Biebrich, 25. Aug. [Das kronprinzliche Paar.] Nach der „Mittelh. Btg.“ werden der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen in dem hiesigen Schlosse nächstens auf einige Zeit Wohnung nehmen.

Darmstadt, 27. Aug. [Der gestern gemeldete Unglücksfall,] welcher bei dem Exercieren im Feuer vorstel, hat eine strenge Untersuchung veranlaßt. Sofort wurde auf Veranlassung des Obersten v. Jungensfeld, an dem einige Kugeln vorbeiflogen, das Feuer, das kaum begonnen hatte, eingestellt und sodann eine genaue Untersuchung sämtlicher Munition im Theaterhof vorgenommen, wo sich in vielen Patronatstaschen die scharfen gemischt mit den blinden Patronen vorgefunden haben sollen; man schließt hieraus, dass in Wefel, von wo aus diese Munition geliefert wurde, ein Versehen vorgefallen sei. Viele Personen, die in der Nähe des Exercierplatzes beschäftigt waren, befanden sich durch diesen Irrthum in augenscheinlichster Gefahr.

Frankfurt, 27. August. [Herr v. Savigny] war jüngst in unserer Stadt anwesend, wo er geschäftliche Angelegenheiten mit dem Hause Rothschild zu erledigen hatte. Derselbe reiste von hier nach Bad Kösen an der Saale. (Fr. J.)

München, 27. August. [Berichtigung.] Nach Mitteilung einiger Blätter soll der Kaiser der Franzosen bei seiner Rückreise auf dem hiesigen Bahnhofe dem Fürsten Hohenlohe das Bedauern ausgesprochen haben, dass eine Allianz der Südstaaten nicht erzielt worden sei. Natürlich ist das falsch und Fürst Hohenlohe selbst hat, wie ich von zuverlässiger Seite vernehme, diese Mitteilung als eine müßige Erfindung bezeichnet. Der Fürst hat sich dieser Tage zur Fortsetzung seines Urlaubs wieder nach Aussee begeben.

Deckerreich.

Wien, 29. August. [Die Übersetzung der königl. böhmischen Kroninsignien nach Prag.] Gestern Abends fand die feierliche Übersetzung der in der Schatzkammer aufbewahrten königl. böhmischen Kroninsignien nach Prag statt. Um Pragplatz hattent sich sehr viel Menschen angezähmt. Präzise 6 Uhr erfolgte die feierliche Übersetzung der Kronleibmedaillen von Seiten der zu diesem Zwecke aus Prag hierher entsendeten Deputation unter dem bereits früher gemeldeten Ceremoniell. Dann verkündigte das Insgewehr der Burg-

wache, dass sich der Zug in Bewegung setzte. Zuerst ritt eine halbe Escadron der ausgerückten Cavallerie, dann ein Hofeinspanier zu Pferde, ferner ein Hoffourier ebenfalls zu Pferde, sodann der sechshändige Hofgalawagen, in demselben die Kroninsignien, auf dem oberen Sitz in einen von außen mit Gold beschlagenen und mit rotem Sammet belegten Koffer gestellt, auf dem unteren Sitz saß eines der Deputationsmitglieder. Dann folgte ein zweiter sechshändiger Hofgalawagen, in welchem der Commissair Ritter v. Kopcz und der Oberstlandmarschall Fürst Adolf Auersberg saßen; diesem schlossen sich zwei zweispännige Hofwagen mit den übrigen Mitgliedern der Deputation an.

Brünn, 28. August. Eine hier beabsichtigte tschechische Massendemonstration aus Anlaß der Übersetzung der böhmischen Kroninsignien ist gänzlich verunglückt. — Mit dem heutigen Separatug, dessen Fahrtpreise außerordentlich billige waren, haben sich nach Prag nur 58 Personen begeben.

Prag, 28. August. [Festzüge] sind in ziemlicher Anzahl angekommen. Die Häuser-Decoration ist düstrig; schwarz-gelbe Fahnen sind wenige zu sehen; die auf dem Altstädter Rathause angebrachten wurden wieder abgenommen.

Italien.

Florenz, 23. Aug. [Gescheite. — Finanzielles.] Die unerwartete Rückkehr des Königs hat hier, so schreibt man der „A. Z.“, zu verschiedenartigen Gescheiten Anlaß gegeben. Es hiess sogar, Victor Emanuel sei von Paris aus angegangen worden, sich aber die Haltung zu äußern, die er angeht gewisser Eventualitäten zu beobachten gedacht. So unbegründet, wie dieses Gescheit, ist ein anderes, welchem aufsöge Graf Bismarck Herrn v. Ussel nach Berlin hätte kommen lassen, um ihn darüber zu befragen, was Preußen von Italien zu erwarten habe. Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, dass, so viel ich über die Gestimmen der leitenden Staatsmänner weiß, diese gegen die französisch-österreichische Allianz sind, als den Frieden gefährlich, und der König ist mit ihnen einverstanden. Ferner kann ich mit Bestimmtheit melden, dass, so weit jetzt noch über die zukünftige Haltung Italiens zu urtheilen ist, dieses seine freie Hand so lange als nur möglich zu wahren suchen wird. Über diesen Punkt ist Rattazzi mit Herrn Nigra ganz derselben Sinnes. Rattazzi wird zunächst für 150 Millionen Kirchengüter zum Verkaufe bringen. Jemand, der 100,000 Fr. disponibel hat und Güter kaufen will, würde sich zuerst Banknoten anschaffen und so in den Besitz von 108,000 Fr. gelangen, für diese würde er sich Obligationen kaufen, welche, zu 80 emittirt, ihm 136,000 Fr. zur Verfügung stellen. Tragen wir einem Disconto von 7 Prozent für die sofortige Einzahlung Rechnung, so werden die 100,000 Fr. auf 145,000 Fr. angewachsen sein. Hierzu gesellt sich noch der Disconto für die Baarbezahlung des Güterkaufes, für welche die Regierung einen Termin von 18 Jahren lässt, und aus den 145,000 werden sofort 160—170,000 Fr. Die italienischen Finanzen machen unter dieser Bewandtniss kein glänzendes Geschäft.

Der König. — Die Cholera.] Der König Victor Emanuel ist angeblich sehr verdrießlich, weil Rattazzi auf seine Rückkehr nach Florenz drang, während er darauf gerechnet hatte, bis Ende September in Piemont verweilen zu können. Der König wird, wie es heißt, auf Anrathen des Ministerraths eine Rundreise in den wenig getreuen neapolitanischen Provinzen und in Sizilien machen und zwar schon im kommenden Monat, wo man annimmt, dass die Cholera aufgehört haben wird. Die Seuche ist zwar allerdings an vielen Orten in stetem Abnehmen, aber leider auch an vielen Orten erst im Beginn oder Aufsteigen, wie zu Rom und Messina. In den Orten, wo beim ersten Aufstieg der Seuche fast alles die Flucht ergriff, sieht es über die Mähen traurig aus. So fand der von Rom als außerordentlicher Delegat nach Albano gesandte Uditore di Nata Monsignore Appoloni derselbe weder Bürgermeister noch Gemeinderath, weder Apotheker noch Bäcker und Metzger. In vielen Häusern fand man unbegrabene Leichen, andere Häuser ausgeplündert und das Vieh in den Ställen verhungert. Um für die Hinterbliebenen zu sorgen, mußte alles von Rom herbeigebracht werden. In den letzten Tagen begannen indessen die Flüchtigen sich wieder einzustellen. Der ebenfalls zu Albano verstorbene Chaldaische Bischof Monsignore di Natale von Diarbolit in Neopatrasien starb nicht an der Cholera, sondern an den Folgen einer langwierigen Brustkrankheit.

Rom, 21. Aug. [Das österreichische Concordat] und die Revision des österreichischen Concordats] nehmen gegenwärtig vor Allem das Interesse der Curie in Anspruch, und zwar sind beide Fragen in einem gewissen Zusammenhange miteinander. Um nämlich das Zustandekommen des Concords zu sichern, wird von Spanien seit längerer Zeit bei den Mächten die Neutralisierung des päpstlichen Gebietes für jene Epoche betrieben. Die gestellten Anfragen geben aber ausweichende Antworten, indem man sich in Paris auf die Entscheidung Wiens, in Wien auf Paris verließ. Cardinal Antonelli hat nun ein Interesse, eine dieser Mächte zu einer bestimmten Entscheidung zu bringen und will von Österreich eine Zusage erhalten, indem er die Revision des Concordats in Aussicht stellt. Es ist dies der lezte Trumpf, welchen Antonelli zum Schutze der weltlichen Macht ausspielt, nachdem er die einfache Garantie des gegenwärtigen päpstlichen Gebietes von Herrn v. Beust nicht erlangen konnte. Man erwartet auch jetzt nicht viel von dem österreichischen Reichskanzler und ist daher auf denselben nicht sehr günstig zu sprechen. Endlich ist auch die italienische Regierung über die Bemühungen Spaniens wohl unterrichtet und wird sich nicht von einer fertigen Convention überraschen lassen. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 27. Aug. [Aus Spanien] wird gemeldet, dass die Insurrection siegreich vorgeht. Auch der Umstand scheint nicht mehr bezweifelt werden zu können, dass der Aufstand gegen die Dynastie gerichtet ist. Also auch nach dieser Seite hin scheinen schwarze Punkte den Horizont zu verdunkeln; doch hat man hier angekündigt, dass der Sieg der spanischen Revolution, wenn diese nicht zu Gunsten von Montpensier ausfällt, der hiesigen Regierung nicht gerade unangenehm wäre.

